

Wie man ein Land zugrunde richtet

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **35 (1956)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336890>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie man ein Land zugrunde richtet

Das Beispiel der Tschechoslowakei

Gäbe es keinen Eisernen Vorhang und hätte man die Tschechoslowaken nicht gewaltsam von ihrer natürlichen Verbindung mit dem Westen losgerissen, dann müßte allem menschlichen Ermessen zufolge die Hochkonjunktur, derer sich das freie Europa heute erfreut, in der Tschechoslowakei einen Grad von wirtschaftlicher Prosperität hervorgerufen haben, den das Land niemals vorher kannte. Es handelt sich um einen Staat mit einer hochentwickelten Industrie und einer leistungsfähigen Landwirtschaft, um einen Staat, der verhältnismäßig wenige Kriegsschäden erlitten hat – unter jedem nichtdiktatorischen Regime hätte das Land heute aufblühen müssen. Dank dem Umstand, daß es von einem kommunistischen Gewaltregime beherrscht und zugunsten der Bedürfnisse der Sowjetunion rücksichtslos ausgebeutet wird, ist alles ganz anders gekommen.

Niemand ist berufener, die wirtschaftlichen Verheerungen zu beurteilen, die das Gewaltregime in der Tschechoslowakei angerichtet hat, als die Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei, die am ehesten eine Übersicht über die Gesamtlage haben können und von denen niemand erwarten wird, daß sie die Dinge schwarz malen, wenn sie durch die Sprache der Tatsachen dazu nicht gezwungen sind. 1956 beginnt in der Tschechoslowakei der zweite Fünfjahresplan, der unter zynischer Vernachlässigung der Bedürfnisse und Möglichkeiten des Landes die Arbeiter zu noch höheren Leistungen zugunsten von Zielen zwingen will, die nicht die ihren sind und auf deren Festsetzung sie nicht den geringsten Einfluß nehmen konnten. Am Vorabend der Eröffnung des zweiten Fünfjahresplanes haben die kommunistischen Machthaber eine Reihe von Konferenzen abgehalten, bei denen die Notwendigkeit, mehr und besser zu arbeiten, den Angehörigen der einzelnen Berufsgruppen mit echt kommunistischer Brutalität eingehämmert wurde. Dabei gab es in den endlosen Reden und Resolutionen eine ganze Menge höchst bemerkenswerter Eingeständnisse, die ein bezeichnendes Licht darauf werfen, wie ein von Natur aus gesundes und nach vielen Richtungen entwicklungsfähiges Land durch die kommunistischen Gewaltmethoden zugrunde gerichtet wird. In diesen nicht freiwillig gemachten, sondern von der Situation erzwungenen Geständnissen kommt mehr zum Ausdruck, als irgendeine antikommunistische Propaganda erfinden könnte. Die Beschwerden der kommunistischen Spitzenfunktionäre über den Zustand der Wirtschaft sind in der Tschechoslowakei wörtlich die gleichen wie in der deutschen Sowjetzone, in Polen oder in

Ungarn, und schon diese absolute Gleichförmigkeit alles dessen, was zu be-
anstanden ist, deutet darauf hin, daß alles Übel überall der gleichen Quelle
entspringt: nämlich dem Versuch zur sklavischen Ausführung der für alle
gleichlautenden Moskauer Befehle. Nun kann man sicher darüber debattieren,
ob auch die zwangsweise vorgenommene Industrialisierung eines unentwick-
elten Landes nicht dem Verharren in Untätigkeit vorzuziehen ist. Aber im
Falle der Tschechoslowakei wären solche Erwägungen absurd, und darum ist
das, was die Kommunisten dort angerichtet haben, doppelt tragisch und ganz
besonders vielsagend als eine *Warnung für Länder mit einer vergleichbaren
Stufe der Entwicklung*. Die Geständnisse der Machthaber deuten nicht nur
auf den Grad der Zerrüttung hin, der eine ihnen ausgelieferte Wirtschaft aus-
gesetzt ist; sie spiegeln nicht minder den stillen, aber zähen und verbissenen
Widerstand der Arbeiter wider, die sich mit den Mitteln, die ihnen geblieben
sind, so gut es geht, der Ausbeutung entziehen wollen, vor der sie in einem
nichtkommunistischen Staat die bloße Existenz freier Gewerkschaften schützt.
Wenn es nach den Reden der Kommunisten so aussieht, als würden die Ar-
beiter sich dem technischen Fortschritt entgegenstellen, ist es in Wahrheit so,
daß sie einen technischen Fortschritt ablehnen, der sich nicht zum Ziel setzt,
ihr Dasein zu erleichtern und zu verbessern, sondern der es nur ermöglichen
soll, sie «freizumachen» für noch schärfere Ausbeutung anderswo. Auf die
Vernichtung aller Freiheit, auf die diktatorische Regelung auch rein tech-
nischer Einzelfragen durch «von oben» kommende Befehle, die jede Initiative
ersticken, reagieren die Arbeiter mit Gleichgültigkeit und einer Flucht in eine
«Rette sich, wer kann» - Haltung, die geradezu tragische Ausmaße angenom-
men hat.

Das Eingeständnis des Bankrotts

Der Reigen der Konferenzen, durch die den Arbeitern mit Zuckerbrot und
Peitsche begreiflich gemacht werden sollte, daß sie ihre bisherige Haltung
aufgeben müssen, setzte im August 1955 mit einer Rede des Planungsministers
Otto *Schimunek* ein und setzte sich bis Ende Oktober fort. In der Zwischen-
zeit regnete es einen ellenlangen «Beschuß des Zentralkomitees der Kommu-
nistischen Partei über die weitere Entfaltung der Viehwirtschaft», einen
ebenso ausführlichen Beschuß des gleichen, nach allen Richtungen sachlich
und fachlich beschlagenen Parteiorgans «über Maßnahmen zur Industriali-
sierung und weiteren Entfaltung des Bauwesens», dann «Thesen des Zentral-
komitees und der Regierung über die weitere technische Entfaltung der
Industrie», ferner Sonderkonferenzen für die Fragen der Stromerzeugung, des
Maschinenbaus, des Bergbaus, der Hüttenwerke, der chemischen Industrie
und der Bauindustrie. Für das Interesse, das die Kommunisten an den Be-
dürfnissen der ihnen ausgelieferten Menschen haben, ist bezeichnend, daß

alle Konsumgüterindustrien zusammen in *einer* kurzen Tagung abgetan wurden, bei der als einziger sich kein leitender Parteifunktionär einfand.

Der Planungsminister Schimunek, der die Kampagne eröffnete, begann seine Rede mit einer unbewußten Brandmarkung der kommunistischen Gewaltmethoden, als er sagte:

«Die Hauptmängel der Planerfüllung in der Industrie sind: eine *niedrige Erfüllung der besonderen Staatsaufgaben*, die ungleichmäßige Planerfüllung, die Erhöhung der Menge der in Arbeit befindlichen Erzeugnisse, die Nichterfüllung des Planes im Sortiment und auch die *niedrige Qualität der Produkte*. Die ungesunde Praxis der ungleichmäßigen Planerfüllung, immer am Ende eines Zeitabschnittes... die Planerfüllung aufzuholen, bringt große Verluste in der Ausnützung der Einrichtungen, Rohstoffe, Materialien und Arbeitszeiten mit sich... Ein ernstes Problem bleibt die Qualität der Erzeugnisse, sei es der Produktionsmittel oder der Verbrauchsgüter. Die schlechte Qualität der großen energetischen Maschinenkomplexe gefährdet zum Beispiel die Planerfüllung der Inbetriebnahme neuer Elektrizitätswerke.»

Minderwertige Qualität der Erzeugnisse ist nichts als die Rache der Arbeiter dafür, daß man sie zu Spitzenleistungen zwingt. Wer ununterbrochen angetrieben wird, mehr und noch mehr Kohle abzuliefern, macht sich dann kaum ein Gewissen daraus, größere Mengen von Steinen mitzuschmuggeln. Aber hören wir den Planungsminister weiter:

«Die eigentliche Ursache aller Fehler in der Leitung unserer Volkswirtschaft liegt in dem *niedrigen Niveau der Führung* und der *unzureichenden Qualifikation der leitenden Kader*... Die zweite grundlegende Ursache unserer Fehler besteht darin, daß wir nicht entschieden genug gegen Verstöße gegen die Staatsdisziplin kämpfen und daß wir die Staatsdisziplin manchmal zu eng auffassen. Undiszipliniert ist nicht nur der, der direkt im Widerspruch zu gültigen Bestimmungen handelt, sondern auch der, der sie mit nach außen hin legalen Mitteln umgeht, obwohl er weiß, daß diese seine Handlungsweise schädlich ist.»

Die angeblichen «Thesen über die weitere technische Entfaltung der Industrie» sind in Wirklichkeit ein einziges langes Jammerlied über das Versagen aller Pläne, die technische Entwicklung vorwärts zu treiben. Hier einige Kostproben:

«Das gegenwärtige Tempo des technischen Aufschwungs entspricht weder den Bedürfnissen noch den Möglichkeiten der Volkswirtschaft... Entwicklung, Beherrschung und Einführung der Produktion von neuen Maschinen und Einrichtungen sind durchaus unbefriedigend. 1954 wurden nur 40 Prozent der Planaufgaben auf diesem Gebiet erfüllt. Die Konstruktions- und Entwicklungsarbeiten verspäten sich beträchtlich. Die unangemessen lange Zeit der Entwicklung führt dazu, daß der erzeugte Prototyp oft bereits hinter dem Weltniveau der Technik zurückbleibt...»

Gegenwärtig gehören die Leicht- und die Lebensmittelindustrie ihrer technischen Ausrüstung nach zu unsern rückständigsten Industriezweigen . . . Manche Zweige der Lebensmittelindustrie tragen bislang überwiegend handwerklichen Charakter . . . Das Niveau der Ausnützung von Maschinen und Mechanismen ist in allen Industriezweigen äußerst niedrig . . . Den Betrieben wurden oft Aufgaben gestellt, ohne ihre Spezialausstattung zu berücksichtigen und ohne die ökonomische Zweckmäßigkeit zu erwägen. Es kam auch oft zu *Änderungen der Produktionsprogramme* . . . Vielen Funktionären der Wirtschaft gelingt es nicht, die neuen und höheren Aufgaben der Leitung und Lenkung der Wirtschaft zu bewältigen; sie leiten die ihnen anvertrauten Abschnitte *bürokratisch* und *ohne Sachkenntnis* . . .»

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei muß es schließlich wissen . . . Wie sieht es nun in den einzelnen Industriezweigen aus?

Elektrizität, Kohle – überall das gleiche Lied

Was der Minister für Energieversorgung, *Vlasak*, zu sagen hatte, war einfach niederschmetternd für das Regime, das er vertritt: überall mußte er eine schlechte Organisation der Arbeit, ungenügende Mechanisierung, ungenügende Sicherung von Baumaterial usw. feststellen. In den tschechoslowakischen Elektrizitätswerken würden sich Havarien dreimal so oft als in andern Staaten mit entwickelter Energiewirtschaft ereignen. Der stellvertretende Ministerpräsident *Dr. A. Cepicka* ging da noch viel schärfer ins Zeug, als er sagte:

«Kein einziges der neuen Elektrizitätswerke wurde rechtzeitig und ordnungsgemäß durchprojektiert. Es wird zur Regel, daß neue Werke nicht zur vollen Kapazität zu arbeiten in der Lage sind. Immer wiederholen sich die gleichen Fehler, die auf *ungenügender Projektionsvorbereitung und technisch niedrigem Niveau der Bauarbeiten* beruhen . . . Obwohl 36 Prozent der in der Energiewirtschaft Beschäftigten bisher nicht die für ihren Beruf nötigen Fachkenntnisse haben, ergänzt die überwiegende Mehrheit von ihnen ihre Ausbildung nicht.»

Auch der Minister für Maschinenbau, *Karel Polacek*, hatte nichts anderes zu berichten als über Mißstände, schlechte Qualität der Erzeugnisse und Rückständigkeit der Produktion. Den Gruben liefere die Maschinenbauindustrie Maschinen, die häufig Havarien erleiden und auch sonst minderwertig seien. Über die einst weltberühmten Pilsner Skoda-Werke (sie heißen heute Lenin-Werke) stimmte er folgendes Klagelied an:

«In vielen Gießereien wird die technologische Disziplin nicht eingehalten. Es wird nicht nur schrecklich viel Ausschuß erzeugt, aber auch unzulässig viel Material verbraucht. Den Gießern der Pilsner Lenin-Werke gereicht es nicht zur Ehre, daß ihr Betrieb in dieser Beziehung zu den *allerärmsten* gehört.»

Polaceck – er hat inzwischen sein Amt eingebüßt – folgte der stellvertretende Ministerpräsident, Dr. J. Dolansky, der folgendermaßen das Urteil über das Regime, das er vertritt, sprach:

«Es ist wahr, daß es in den vergangenen Jahren infolge *unsachgemäßer Eingriffe* und *unüberlegten Vorgehens* zahlreicher *Änderungen der Produktionsprogramme*, eines verhältnismäßig *niedrigen Planungsniveaus* und ungenügender Lieferdisziplin . . . vielfach zu ernststen Schwierigkeiten gekommen ist.»

Der Bergbau und die Nichterfüllung des Produktionsplanes durch die dem «Sozialdemokratismus» verfallenen Arbeiter des Ostrauer Reviers sind ein dauerndes kommunistisches Sorgenkind. In diesem Falle kann es also überhaupt nicht verwundern, daß die Situation auch jetzt wieder in den düstersten Farben geschildert wurde. Brennstoffminister Josef *Jonasch* faßte seine Ausführungen folgendermaßen zusammen:

«Das Zurückbleiben in der technischen Entfaltung bei der Kohlenförderung macht sich auch in den Wirtschaftsergebnissen bemerkbar. In der ungenügenden Ausnutzung der Technik und im *niedrigen Niveau der Arbeitsorganisation* sehen wir die Ursache dafür, daß fast die *Hälfte der Schächte* im heurigen Jahr den *Förderplan nicht erfüllt* und daß wir auch das Zurückbleiben bei der Errichtung neuer Schächte nicht beseitigt haben.»

Dann folgt in seiner Rede ein Satz, der den ganzen Widersinn der kommunistischen Methoden wie mit einem grellen Scheinwerfer beleuchtet:

«In der Sorge um die *tägliche Erfüllung des Plans*, in der *täglichen Jagd nach Tonnen*, um die Beseitigung der unendlichen Reihe der kleinen Hindernisse und Mängel, die die Planerfüllung bedrohen, verlieren viele unserer Organisatoren und Techniker die Perspektive der technischen Entwicklung, auf die Partei und Regierung ununterbrochen als auf die Hauptbedingung für die allseitige Wirtschaftsentfaltung aufmerksam machen . . .»

Dolansky wußte dazu nur hinzuzufügen:

«Der bisherige Verlauf des Investitionsaufbaus im Bergbau weist ernste Mängel auf, besonders in Fragen der Konzeption, der Projektierung, der Unwirtschaftlichkeit und in seinem äußerst langsamen Tempo.»

Als nächste hatte die Hüttenindustrie zum Rapport anzutreten, und was der Ressortminister Josef *Reitmayer* dabei an «bolschewistischer Selbstkritik» vorzubringen hatte, lehnte sich würdig den Ausführungen seiner übrigen Kollegen an:

«Die Hüttenindustrie befriedigt unsere Volkswirtschaft weder in bezug auf die Menge noch in bezug auf die Auswahl an Walzmaterial und Röhren. Die langen Lieferfristen der Walzwerke verlängern die Lieferung von Maschinenmaterial unerträglich und schränken die Wettbewerbsmöglichkeiten unseres Außenhandels ein . . . Das Zurückbleiben unserer Technik

nach allen Richtungen ist nicht nur durch technische Umstände bedingt. An allen Stellen des Verwaltungsapparates gibt es eine Reihe organisatorischer und anderer Mängel.»

Dolansky konnte Reitmajer nur beipflichten, nachdem er dessen Ministerium beschuldigt hatte, den Bau eines Magnesitwerkes schon durch Jahre hinausgezogen zu haben:

«Es ist kein Geheimnis, daß die Qualitätsmängel des Hüttenmaterials das technische Niveau einer Reihe von Produkten der Maschinenfabriken ungünstig beeinflussen, deren Entfaltung hemmen und den Außenhandel schädigen . . . Das gilt vor allem für Edelstahl, der die Grundlage für die Erzeugung entscheidender Teile der neuen Maschinen ist.»

Nicht besser schnitt die chemische Industrie ab, deren Ressortminister, Josef *Pucik*, die Jeremiaden seiner Vorredner vielfach wörtlich wiederholte. Ihm sekundierte die Stellvertreterin des Ministerpräsidenten, Ludmila *Jankovcova*, die wieder mit einigen Bemerkungen ungewollt den Grund der ganzen Misere, den kommunistischen Übereifer in der Befolgung der ewig wechselnden Moskauer Befehle, bloßlegte:

«Obwohl wir hervorragende Techniker haben, ist es überraschend, wie schwer von Jahr zu Jahr die technischen und organisatorischen Maßnahmen durchzusetzen sind, die eine Verstärkung der Betriebseinrichtungen sicherstellen sollen. Diese *Maßnahmen werden ‚von oben‘ durchgesetzt*, statt aus der Initiative und dem Interesse der Belegschaft hervorzugehen . . . Bei der Lösung konkreter Investitionsprobleme verlieren wir viel Zeit, weil die wirtschaftliche und technische Planung nicht gründlich genug ist, um unbestrittene Schlußfolgerungen zu gestatten. Es ist in der chemischen Industrie oft vorgekommen, daß *Konstruktionspläne von Grund auf abgeändert* wurden. Das hat sich häufig in einem Zeitpunkt ereignet, da die Projekte bereits fertig ausgearbeitet waren. In vielen Fällen hat man für die Änderungen ebensowenig stichhaltige Gründe abgegeben wie vorher für die ursprünglichen Pläne . . .»

Da ist zweifellos jedes Wort wahr, aber wenn ein einfacher Mensch diese Wahrheiten vorher ausgesprochen hätte, hätte man ihn wegen «Sabotage des sozialistischen Aufbaus» aufgehängt. Weil dem so ist und solange dem so ist, werden solche Zustände bestehen.

Es wird wenig und schlecht gebaut

Im Herbst 1953 sah sich die Prager Regierung gezwungen, feierliche Erklärungen abzugeben, daß es mit der Vernachlässigung der Bedürfnisse der Bevölkerung definitiv vorbei sei und daß man in beschleunigtem Tempo vor allem nachholen werde, was man auf dem Gebiete des Wohnbaus versäumt hatte. Wie die feierlichen Versprechungen gehalten wurden, kann man den

Feststellungen des Planungsministers Schimunek entnehmen, der kurz und bündig sagte:

«Der *Plan des Wohnungsbaus wurde nicht erfüllt*. Es ist uns noch nicht gelungen, eine entscheidende Wendung bei der Planerfüllung des Investitionsaufbaus zu erreichen. Die Ursachen muß man sowohl in der ungenügenden Arbeit der Investoren als auch in der Nichterfüllung der Aufgaben der Bau- und Maschinenproduktion suchen.»

Die Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über das Bauwesen – drei volle Zeitungsseiten in Kleindruck – sagt nach dieser Richtung noch wesentlich mehr:

«In den letzten zwei Jahren hat sich sogar die Entfaltung des Bauwesens *verlangsamt*. Im Jahre 1955 werden nur um nicht ganz 10 Prozent mehr Baumontagearbeiten als im Jahre 1953 durchgeführt werden. Dabei bleibt der Umfang der Investitionen im großen und ganzen auf demselben Niveau wie 1953 und ist im Vergleich zu 1954 sogar *niedriger*. Mit der Verlangsamung des Produktionstempos sinkt der Zuwachs der Arbeitsproduktivität, und die Baumontagearbeiten werden verteuert... Die gemeinsame Ursache der Mängel sind die *schlechte Arbeitsorganisation* auf den Bauten und das *allgemein niedrige Niveau* der Leitung der Bauproduktion, der Projektierung und der Forschung...»

Der Minister für das Bauwesen, *Schlechta*, konnte das nur durch die Mitteilung ergänzen, daß die Durchschnittsdauer des Baues eines Wohnhauses jetzt über ein Jahr betrage, während man früher sieben Monate gebraucht hätte... Unter diesen Umständen blieb den Kommunisten nichts anderes übrig, als sich selbst zum Sprachrohr der ungezählten Beschwerden über die schlechte und unzureichende Qualität der wenigen neu erstellten Wohnungen zu machen – in einem Land, in dem früher auch die Bautechnik auf einem hohen Niveau stand.

Dabei haben die Kommunisten noch die Unverfrorenheit, nachdem sie ihren Bankrott auf allen Gebieten zugeben mußten – reichlich viele solcher Eingeständnisse könnte man noch aus dem Bereich der Landwirtschaft zitieren –, nicht nur weiter im Amt zu bleiben, sondern die Bevölkerung unter den schärfsten Druck zu setzen, damit sie ihnen bei der Fortsetzung ihrer Bemühungen, das Land vollkommen zugrunde zu richten, noch aktiv hilft. Die Frage, wie lange eine demokratische Regierung sich im Amte halten könnte, die selbst zuzugeben gezwungen ist, daß sie mit allen ihren Bemühungen Schiffbruch erlitten hat, ist allerdings nicht zu beantworten, denn keine demokratische, der Kritik einer freigewählten Volksvertretung und einer freien öffentlichen Meinung ausgesetzte Regierung könnte je auch nur mit einem Bruchteil des Schuldkontos belastet sein, das die unausweichliche Folge der kommunistischen Politik ist.

Aber eine andere Frage liegt nahe und muß in diesem Zusammenhang beantwortet werden. Sprechen die Erfahrungen aus den kommunistisch regierten Staaten – und was für die Tschechoslowakei gilt, gilt beinahe wortwörtlich für alle andern – nicht überhaupt gegen den Gedanken der Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsplanung? Die Anwälte dessen, was sie völlig irreführend «freie Wirtschaft» nennen, werden sich wohl auf die vorstehenden Zitate stürzen und aus ihnen ableiten wollen, daß es sich hier nur um krasse Auswüchse von Dingen handelt, die die natürliche Folge von Eingriffen der Staatsgewalt in das «freie Spiel der Kräfte» sind – das es in Wirklichkeit nirgends mehr gibt. Der unvoreingenommene Betrachter wird aber zu dem Ergebnis kommen, daß die Ursache aller der Fehler, Mißgriffe und Übelstände, aus deren Aufzählung hier nur eine kleine Auswahl gegeben werden konnte, ihre gemeinsame Wurzel nicht in der Tatsache haben, daß in den von Moskau regierten Ländern der private Besitz an den Produktionsmitteln nicht mehr besteht, sondern darin, daß es dort keine politische und wirtschaftliche Demokratie gibt. Die traurigen Erfahrungen mit der ebenso kopflos wie brutal betriebenen kommunistischen Politik, die sich zur Verhüllung ihres bestenfalls staatskapitalistischen Charakters gerne antikapitalistischer Schlagwörter bedient, können unsern Glauben an die Überlegenheit der Gemeinwirtschaft über die Profitwirtschaft nicht erschüttern. Aber sie bestärken uns in unserer Überzeugung, daß wahrer gesellschaftlicher Fortschritt nur in einer Atmosphäre der Freiheit, nur in einer Atmosphäre, in der die Rechte des Menschen geachtet und gesichert sind, verwirklicht werden kann.

M. BARDACH

Le front populaire

Während in Mittel- und Südeuropa der Faschismus an der Macht war, hatten die französischen Arbeiter es vermocht, den Ansturm der französischen Faschisten, wie die Camelots du Roy und Jeunesses Patriotes usw., die von den reaktionären Parteien aufgestachelt wurden, abzuschlagen. Die reaktionären Regierungen konnten die französische Wirtschaftskrise, die sich seit der zweiten Hälfte des Jahres 1931 verschärfte, nicht meistern. Schieber und Spekulanten (affaire Stawicki) korrumpierten das öffentliche Leben, Arbeitslosigkeit breitete sich unter den Lohnempfängern und mittleren Klassen aus; nur das Großkapital, das aus seinem kolonialen Besitz große Gewinne zog, lebte einen guten Tag. Die Manifestationen der faschistischen Ligen riefen die Arbeiterschaft auf den Plan. In der Kammer hatte Léon Blum von der Regierung Doumergue energische Maßnahmen gegen die faschistischen